



## Anfrage

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **VII/2021/03095**  
Datum: 08.09.2021  
Bezug-Nummer.  
PSP-Element/ Sachkonto:  
Verfasser:  
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	29.09.2021	öffentlich Kenntnisnahme

**Betreff: Anfrage der AfD- Stadtratsfraktion zum Umgang der Stadtverwaltung mit dem deutlichen Ergebnis des Bürgerentscheides gegen die autofreie Altstadt**

Am 25.11.2020 beschloss der Stadtrat die Konzeption über eine weitgehend autofreie Altstadt, nachdem die AfD- Stadtratsfraktion noch versucht hatte auf der entsprechenden Stadtratssitzung einen Bürgerentscheid in dieser wichtigen Angelegenheit vor den Beschluss des Stadtrates zu stellen. Dies wäre der leichteste Weg gewesen die Bürger zu befragen, doch nicht einmal die CDU wollte zustimmen.

Diese Idee griff die CDU- Fraktion dann anschließend auf, indem sie ein Bürgerbegehren zur gleichen Frage startete, das dann tatsächlich in einem Bürgerentscheid mündete. Dieses wurde am 06.06.2021 parallel zur Landtagswahl in Sachsen- Anhalt abgehalten. Im Ergebnis waren 64.916 der Wähler dafür die Planungen zur weitgehend autofreien Altstadt zu beenden und 41.549 dagegen. Das Quorum lag bei 37.740 und wurde damit bei Weitem übertroffen. Damit haben sich fast 2/3 der Wähler gegen die weitgehend autofreie Innenstadt ausgesprochen und ein deutliches Zeichen gesetzt (<https://wahlergebnisse.halle.de/BE2021/>).

Die Verteilung der Ergebnisse in den Wahlbezirken zeigt deutlich, dass die Zustimmung in der nördlichen und südlichen Innenstadt besonders gering ist, also dort wohin sich bei der Umsetzung des Vorhabens der Verkehrs- und Parkdruck verlagern würde. Die Pläne der Verwaltung würden also auf eine Spaltung der Stadtgesellschaft hinauslaufen und die Mehrzahl wären Verlierer. Dies wurde beim Bürgerentscheid deutlich und somit hat die Stadtverwaltung hier auch eine deutliche Absage erhalten. Eine derart entscheidende Frage kann auch in Zukunft nicht einfach per linker Stadtratsmehrheit durchgedrückt werden, vor allem, wenn sie vor der Wahl gar nicht thematisiert wurde.

Auf der Städtenetzkonferenz 2.0 am 01.07.2021 in Magdeburg äußerte der Beigeordnete René Rebenstorf dann als einer der Redner, dass man einsehe, dass die Stadtratsmehrheit nicht die tatsächliche Stimmungslage in der Stadt wiedergeben hätte und man eine bessere

Kommunikation mit dem Bürger hätte führen müssen. Der Beschluss sei aber langfristig alternativlos (<https://kompetenzzentrum-stadtumbau.de/staedtenetzkonferenz-2-0-klimarelevante-massnahmen-in-der-stadtentwicklung/>  
<https://www.youtube.com/watch?v=64Yhwx765-8&t=2340s>).

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

1. Nimmt die Stadtverwaltung zur Kenntnis, dass sich beim Bürgerentscheid am 06.06.2021 eine deutliche Mehrheit der Wähler gegen eine autofreie Altstadt ausgesprochen hat?
2. Falls ja: Warum werden trotzdem die Planungen für eine autofreie Altstadt aufrechterhalten?
3. Plant die Stadtverwaltung das o.g. Votum der Bürger durch geschickte Neu- bzw. Teilplanungen quasi zu umgehen?
4. Falls ja: Für wie glaubwürdig hält die Stadtverwaltung dann ihr angebliches Bemühen um für Demokratie und Bürgerbeteiligung?
5. Die Erkenntnis, dass linke Stadtratsmehrheiten an der tatsächlichen Stimmungslage in der Bevölkerung oftmals vorbeigehen ist eine erste und wichtige Erkenntnis. Welche grundsätzliche notwendigen Prozesse und Handlungen leitet die Stadtverwaltung für diese Legislaturperiode insbesondere bei weitreichenden nicht einfach wieder umkehrbaren Projekten und Planungen ab bzw. stellt diesen voran?
6. Welche weiteren Schritte plant die Stadtverwaltung nun in Bezug auf die Planung von Verkehrskonzepten für die Altstadt?
7. Wie trägt die Stadtverwaltung dem Umstand Rechnung, dass die Stadtratsmehrheit in einigen wichtigen grundsätzlichen Fragen offensichtlich nicht den tatsächlichen Mehrheitswillen in Halle abbildet?
8. Die Beigeordneten gehören ausschließlich der SPD und der Linkspartei an, ein Beigeordneter ist parteilos. Insbesondere bei der Förderung und Verstärkung in der linken Szene als Prestige- und Identifikationsprojekte bekannten Anträgen und Anliegen sind Parteinahme, Umdeutung und willkürliche Interpretationen sowie Faktenleugnung oftmals mehr als überdeutlich. Welche Maßnahmen erachtet die Stadtverwaltung für notwendig, damit die hier insbesondere die parteipolitisch nicht vertretenen Fraktionen neutrale, ausschließlich sachgrundbezogene Stellungnahmen zu ihren Anträgen und ausschließlich umfassende, sachlich korrekte Antworten auf ihre Anfragen erhalten?

gez. A. Raue  
Fraktionsvorsitzender AfD-Stadtratsfraktion



**Sitzung des Stadtrates am 29.09.2021**

**Anfrage der AfD-Stadtratsfraktion zum Umgang der Stadtverwaltung mit dem deutlichen Ergebnis des Bürgerentscheides gegen die autofreie Altstadt**

**Vorlagen-Nummer: VII/2021/03095**

**TOP: 10.6**

**Antwort der Verwaltung:**

- 1. Nimmt die Stadtverwaltung zur Kenntnis, dass sich beim Bürgerentscheid am 06.06.2021 eine deutliche Mehrheit der Wähler gegen eine autofreie Altstadt ausgesprochen hat?**

Ja.

- 2. Falls ja: Warum werden trotzdem die Planungen für eine autofreie Altstadt aufrechterhalten?**

Die Planungen zur Umsetzung der Konzeption für eine weitestgehend autofreie Altstadt (VII/2020/01754) wurden mit dem Bürgerentscheid eingestellt.

- 3. Plant die Stadtverwaltung das o.g. Votum der Bürger durch geschickte Neu- bzw. Teilplanungen quasi zu umgehen?**

Nein.

- 4. Falls ja: Für wie glaubwürdig hält die Stadtverwaltung dann ihr angebliches Bemühen um für Demokratie und Bürgerbeteiligung?**

Entfällt.

- 5. Die Erkenntnis, dass linke Stadtratsmehrheiten an der tatsächlichen Stimmungslage in der Bevölkerung oftmals vorbeigehen ist eine erste und wichtige Erkenntnis. Welche grundsätzlich notwendigen Prozesse und Handlungen leitet die Stadtverwaltung für diese Legislaturperiode insbesondere bei weitreichenden nicht einfach wieder umkehrbaren Projekten und Planungen ab bzw. stellt diesen voran?**

Die Stadtverwaltung wird die Bürgerbeteiligung intensivieren, um die Betroffenen bei den anstehenden Entscheidungen noch besser einzubinden.

- 6. Welche weiteren Schritte plant die Stadtverwaltung nun in Bezug auf die Planung von Verkehrskonzepten für die Altstadt?**

Die Verwaltung unterzieht im Zuge der Erstellung des Ganzheitlichen Mobilitätskonzepts für die Stadt Halle (Saale) auch die Ziele und Maßnahmen für den Teilbereich der Altstadt einer Neubetrachtung. Inbegriffen ist eine breit angelegte Beteiligung von Politik, Fachöffentlichkeit und Bürgerschaft.

- 7. Wie trägt die Stadtverwaltung dem Umstand Rechnung, dass die Stadtratsmehrheit in einigen wichtigen grundsätzlichen Fragen offensichtlich nicht den tatsächlichen Mehrheitswillen in Halle abbildet?**

Die Stadtverwaltung nimmt die Entscheidungen zur Kenntnis.

- 8. Die Beigeordneten gehören ausschließlich der SPD und der Linkspartei an, ein Beigeordneter ist parteilos. Insbesondere bei der Förderung und Verstärkung in der linken Szene als Prestige- und Identifikationsprojekte bekannten Anträgen und Anliegen sind Parteinahme, Umdeutung und willkürliche Interpretationen sowie Faktenleugnung oftmals mehr als überdeutlich. Welche Maßnahmen erachtet die Stadtverwaltung für notwendig, damit die hier insbesondere die parteipolitisch nicht vertretenen Fraktionen neutrale, ausschließlich sachgrundbezogene Stellungnahmen zu ihren Anträgen und ausschließlich umfassende, sachlich korrekte Antworten auf ihre Anfragen erhalten?**

Die Stadtverwaltung arbeitet stets überparteilich und objektiv. Ihre Stellungnahmen sind jederzeit sachbezogen und korrekt.

René Rebenstorf  
Beigeordneter